Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 - Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Der Auftraggeber sowie die von ihm beauftragten Berater erheben Daten von Ihnen im Zusammenhang mit der vorgenannten Ausschreibung. Mit diesen Datenschutzhinweisen werden Sie nachstehend gemäß Art. 13, 14 DSGVO über die Erhebung Ihrer Daten informiert.

1. Name und Kontaktdaten des für die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen (Vergabestelle):

Vergabestelle:	Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen – Wissenschaftliche Einrichtung der Länder an der Humboldt-Universität zu Berlin e. V.
Kontaktdaten:	Unter den Linden 6 D-10099 Berlin

2. Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragter:	Frau Gesine Hoffmann-Holland
Kontaktdaten:	Datenschutzbeauftragte des IQB e. V. Unter den Linden 6, 10099 Berlin datenschutz@uv.hu-berlin.de 030/2093-2054

3. Zweck und Rechtsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten:

3.a. Zweck:

Durchführung eines Vergabeverfahrens

3.b. Rechtsgrundlage:

Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und und §§ 2 Abs. 1 und 31 Abs. 1 UVgO

4. Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten:

Die Vergabestelle ist nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz (MiLoG), § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) sowie § 98c Abs. 3 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) i.V.m. § 21 Abs. 4 AentG verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von EUR 30.000 ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) über das (Nicht-)Vorliegen der jeweiligen Ausschlussgründe anzufordern.

5. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen gem. § 6 Abs. 2 der UVgO

6. Rechte der betroffenen Personen:

Recht auf Auskunft:
Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO).

Recht auf Berichtigung:
Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden (Art. 16 DSGVO).

Recht auf Löschung:
Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s. a. Dauer der Speicherung) (Art. 17 DSGVO).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:
Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/Bieters zu verlangen (Art. 18 DSGVO).

Recht auf Widerspruch:
Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht (Art. 21 DSGVO).

7. Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:

Sofern die Auskunft gebende Behörde ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, sind etwaige Beschwerden zu richten an:

Datenschutzaufsichtsbehörde:	Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Meike Kemp Friedrichstr. 219 10969 Berlin Tel.: +49 (0)30 13889-0 Fax: +49 (0)30 2155050 E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de
Kontaktdaten:	Meike Kemp Friedrichstr. 219 10969 Berlin Tel.: +49 (0)30 13889-0 Fax: +49 (0)30 2155050 E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de